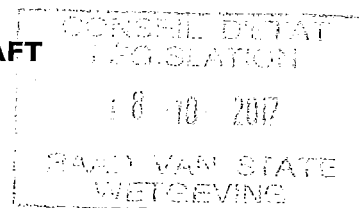


62321/4

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT



DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für die Finanzen und den Haushalt;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der Ministerpräsident, zuständig für die Finanzen und den Haushalt, wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

51

**DEKRETVORENTWURF ZUR ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 15. DEZEMBER
2008 ÜBER DIE FINANZIERUNG DER GEMEINDEN UND ÖFFENTLICHEN SOZIAL-
HILFEZENTREN DURCH DIE DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT**

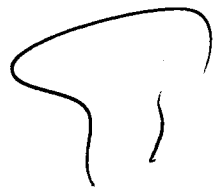
INHALTSANGABE

Dieser Dekretentwurf dient dazu, eine strukturelle Beteiligung der Provinz Lüttich einzuführen, die den Gemeinden des deutschen Sprachgebiets gewährt wird. Er sieht ebenfalls vor, wie dieser Betrag unter den Gemeinden aufgeteilt wird und über welche Durchsetzungsmöglichkeiten die Regierung verfügt.



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln	4
Vorentwurf	7



BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Durch den vorliegenden Dekretentwurf soll die Provinz Lüttich damit beauftragt werden, die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets bei der Finanzierung ihrer allgemeinen Aufgaben zu unterstützen. Zur Umsetzung dieses Auftrags wird insbesondere eine Pflichtausgabe eingeführt, die die Provinz Lüttich künftig an die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets entrichten muss. Der Betrag dieser Ausgabe wird sich auf jährlich 410.000 Euro (zzgl. der Indexanpassung) belaufen. Ein solcher Mechanismus, der vorsieht, dass die Provinzen verpflichtend zur Finanzierung einer öffentlichen Ausgabe beitragen, ist kein Novum im belgischen Recht; er wird sogar ausdrücklich in der Gesetzgebung vorgesehen¹. Tatsächlich sind im Bereich des Denkmalschutzes² und der Finanzierung der weltlichen Güter der Kulte³ ähnliche Pflichtausgaben eingeführt worden.

Der Rückgriff auf diese Finanzmittel ist im vorliegenden Fall wie folgt begründet:

1. Die Organisation einer eigenen Hilfeleistungszone für das deutsche Sprachgebiet:

Die Organisation der Hilfeleistungszone Nr. 6 für das deutsche Sprachgebiet erfordert proportional mehr Finanzmittel seitens der Träger, da die Fixkosten der Zone von einer geringen Anzahl Gemeinden zu tragen sind.

2. Die Organisation der lokalen Polizeizonen in den Gemeinden mit Spracherleichterungen:

Die Anforderungen an das Personal sind in den Gemeinden mit Spracherleichterungen besonders groß; außerdem sind in den Grenzgemeinden besondere Aufgaben zu bewältigen, die andere Polizeizonen nicht kennen. Beide Elemente führen zu erhöhten Ausgaben für die Polizeizonen des deutschen Sprachgebietes, die durch die Bezuschussung seitens der Gemeinden auszugleichen sind.

3. Die Entwicklung der Bevölkerung in den Gemeinden des deutschen Sprachgebietes:

Die Veralterung der Bevölkerung ist in den Gemeinden des deutschen Sprachgebiets besonders stark zu spüren, was zu erhöhten Ausgaben in der Seniorenbetreuung führt; die entsprechende Kostensteigerung für die Seniorenpflege wird zum Teil von den Gemeinden getragen, sei es direkt durch Beteiligung an Facheinrichtungen oder indirekt durch die Übernahme der Defizite der öffentlichen Sozialhilfezentren.

4. Die Betreuung von Asylbewerbern:

Durch die beiden Erstaufnahmezentren für Asylbewerber im deutschen Sprachgebiet kommt ein verstärkter administrativer Aufwand auf die Gemeinden zu; außerdem ist die Anzahl der in den Gemeinden des deutschen Sprachgebietes sich niederlassenden Asylbewerber und anerkannte Flüchtlinge ansteigend, was zu Mehrkosten für die Gemeinden führt.

5. Der Bedarf an Kleinkindbetreuung:

Damit den Familien mit Kleinkindern eine Berufstätigkeit beider Elternteile ermöglicht wird, muss das qualitativ hochwertige Angebot an Kleinkindbetreuung ausgedehnt werden, was zu Mehrkosten für die Gemeinden führt.

6. Die Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltungen:

¹ Artikel 6 §1 VIII. letzter Absatz des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen und Artikel L2232-1 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung.

² Artikel 215 und 514/12 des Wallonischen Gesetzbuches über die Raumordnung, den Städtebau, das Erbe und die Energie (WGRSEE).

³ Artikel 19bis Absatz 9 des Gesetzes vom 4. März 1870 über die weltlichen Güter der Kulte.

Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen fragen immer häufiger eine zeitgemäße Verwaltungsdienstleistung in elektronischer Form, was zu Investitionen in Infrastrukturen und Kommunikationstechnologie führt.

7. Der Unterhalt von Kultstätten:

Die Gebäude der Kultstätten brauchen einen regelmäßigen Unterhalt, was bei der relativ hohen Anzahl Kirchen und Kapellen im deutschen Sprachgebiet besonders stark zu Buche schlägt. Die Defizite der Kirchenfabriken sind von den Gemeinden zu tragen.

Der vorliegende Dekretentwurf wahrt die verfassungsmäßige Autonomie⁴ der Provinz Lüttich. Der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgegebene Gesamtauftrag ist die Unterstützung der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets bei der Finanzierung ihrer allgemeinen Aufgaben. Um dieses Ziel zu erreichen, stehen der Provinz Lüttich verschiedene Handlungsoptionen zur Verfügung. Die Pflichtausgabe muss zwar zwingend durch die Provinz Lüttich entrichtet werden, doch stellt sie nur einen Teilaspekt des gesamten Spektrums der Interventionsmöglichkeiten dar.

So steht es der Provinz in jedem Fall frei, über den Mindestbetrag der Pflichtausgabe hinaus ihren Beitrag zugunsten der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets zu erhöhen; diesen eventuellen Mehrbetrag kann die Provinz ggf. selbst bestimmen. Auch wird es ihr ermöglicht, neben den Pflichtausgaben den Gemeinden auch zusätzliche freiwillige Zuschüsse zu gewähren. Ferner kann die Provinz zusätzlich zur Pflichtausgabe weitere Maßnahmen zu ergreifen, die dem Ziel der Unterstützung der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets bei der Finanzierung ihrer allgemeinen Aufgaben zuträglich sind; so könnte die Provinz beispielsweise logistische Unterstützung leisten, indem sie zentrale Beschaffungsstellen einrichtet, sich in ihrem Eigentum befindliche bewegliche oder unbewegliche Güter den Gemeinden vergünstigt oder kostenlos abtritt oder zur Verfügung stellt oder einen privilegierten Zugang zu Provinzinfrastrukturen gewährt.

Die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft auferlegte Pflichtausgabe bildet somit nur einen Mindestrahmen für die Intervention der Provinz Lüttich. Diesen Rahmen kann sie autonom anhand aller anderen Maßnahmen, die sie im Hinblick auf den Gesamtauftrag als zweckmäßig erachtet, weiter ausfüllen. Ihre Handlungsfreiheit ist hierbei gewährleistet.

Darüber hinaus gilt es festzustellen, dass die Pflichtausgabe in jedem Fall als verhältnismäßig zu betrachten ist, da er die Provinz Lüttich, die im Jahre 2017 über einen Einnahmehaushalt von 290 Millionen Euro verfügt, lediglich zu 0,01379 % dieser Einnahmen verpflichtet.

Um eine Sicherstellung der Auszahlung des Beitrags der Provinz zu gewährleisten, sieht der vorliegende Dekretentwurf verschiedene Durchsetzungsmöglichkeiten für die Regierung vor.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Durch diese Bestimmung wird ein neues Kapitel V.1, das die Artikel 15.1 bis 15.5 umfasst, in das Dekret vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft eingefügt.

Artikel 15.1

⁴ Artikel 41 der Verfassung.



Dieser Artikel hält den grundsätzlichen Auftrag fest, den die Deutschsprachige Gemeinschaft der Provinz Lüttich erteilt. In der Tat sollen die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets bei der Finanzierung ihr allgemeinen Aufgaben unterstützt werden.

Artikel 15.2

Dieser Artikel legt den Betrag der Dotation fest, den die Provinz jährlich in ihren Haushalt zugunsten der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets eintragen muss. Der Betrag wird pro Gemeinde festgelegt. Darüber hinaus wird festgelegt, dass der Betrag jährlich der Entwicklungsrate angepasst wird, wie sie auch für Basisförderung (Artikel 11 §3) vorgesehen ist.

Artikel 15.3

In dieser Bestimmung wird festgelegt, dass der Beitrag der Provinz Lüttich in monatlichen Zwölfteln ausgezahlt wird. Die Zahlung erfolgt jeweils vor dem 22. jeden Monats.

Artikel 15.4

Dieser Artikel sieht vor, dass die Provinz Lüttich im Hinblick auf die Wahrnehmung der spezifischen Aufsicht⁵ in diesem Bereich der Regierung die Haushaltspläne, die Haushaltsplanabänderungen und die Übertragung von Haushaltsmitteln sowie die Rechnungen übermittelt.

Artikel 15.5 bis 15.7

In diesen Artikeln werden die möglichen Maßnahmen der Zwangsaufsicht festgehalten, über die die Deutschsprachige Gemeinschaft gegenüber der Provinz Lüttich verfügt, um für die Einhaltung des Kapitels V.1 zu sorgen. Es handelt sich dabei insbesondere um die Möglichkeit der Bestellung eines Sonderkommissars der Regierung.

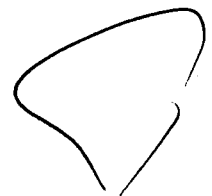
Die Bestimmungen wurden den Artikeln 14 bis 16 des Dekrets vom 20. Dezember 2004 zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets entlehnt.

Artikel 2

Dieser Artikel legt das Inkrafttreten des vorliegenden Dekretentwurfs fest.

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

⁵ Artikel 7 §1 Absatz 2 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen.



VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft

Artikel 1 – In das Dekret vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Februar 2017, wird folgendes Kapitel V.1, das die Artikel 15.1 bis 15.5 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL V.1 – UNTERSTÜTZUNG DURCH DIE PROVINZ LÜTTICH

Abschnitt 1 – Auftrag an die Provinz Lüttich

Art. 15.1 – Grundsatz

Die Provinz Lüttich unterstützt die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets bei der Finanzierung ihrer allgemeinen Aufgaben.

Art. 15.2 – Beitrag der Provinz Lüttich

§1 – Zur Umsetzung von Artikel 15.1 gewährt die Provinz Lüttich, zusätzlich zu den in Artikel 1 erwähnten Dotationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, den Gemeinden des deutschen Sprachgebiets insbesondere eine jährliche Dotation, die dazu bestimmt ist, die allgemeinen Aufgaben der Gemeinden zu finanzieren.

Der Beitrag der Provinz Lüttich beträgt mindestens 410.000 Euro. Dieser Betrag wird wie folgt unter die Gemeinden aufgeteilt:

Amel:	30.494,72 Euro
Büllingen:	33.067,04 Euro
Burg-Reuland:	22.673,11 Euro
Bütgenbach:	31.630,15 Euro
Eupen:	115.874,06 Euro
Kelmis:	46.666,40 Euro
Lontzen:	26.261,27 Euro
Raeren:	48.653,29 Euro
St. Vith:	54.679,96 Euro

Ab dem Haushaltsjahr 2019 werden diese Beträge jährlich der Entwicklungsrate angepasst.

§2 – Beschließt die Provinz Lüttich, den in Paragraph 1 Absatz 2 erwähnten Gesamtbeitrag über die Entwicklungsrate hinaus zu erhöhen, wird bei der Auszahlung an die Gemeinden der dort aufgeführte Proporz eingehalten.

§3 – Die in Paragraph 1 Absatz 3 erwähnte Entwicklungsrate entspricht der Wachstumsrate des durchschnittlichen Verbraucherpreisindex des betroffenen Haushaltsjahrs. Bis zur definitiven Festlegung des durchschnittlichen Verbraucherpreisindex eines Haushaltsjahrs erfolgt die Anpassung der Beträge aufgrund der geschätzten Wachstumsrate des durchschnittlichen Verbraucherpreisindex des betroffenen Haushaltsjahrs, wie im Wirtschaftshaushalt vorgesehen, im Sinne von Artikel 108 Buchstabe g) des Gesetzes vom 21. Dezember 1994 zur Festlegung sozialer und sonstiger Bestimmungen.

§4 – Zusätzlich zu dem in Paragraph 2 erwähnten Beitrag kann die Provinz Lüttich den



Gemeinden auf deren Antrag hin weitere Dotationen gewähren.

Innerhalb von 60 Tagen ab Erhalt des entsprechenden Antrags übermittelt die Provinz Lüttich:

1. der betroffenen Gemeinde ihren Beschluss;
2. der Regierung eine Abschrift dieses Beschlusses.

§5 – Die Provinz Lüttich trägt die in den Paragraphen 1 und 4 erwähnten Beträge jährlich in ihren Haushaltsplan ein.

Art. 15.3 – Auszahlung des Beitrags

Der Betrag der in Artikel 15.2 §1 erwähnten Dotation wird in monatlichen Zwölfteln ausgezahlt. Die Zahlung erfolgt jeweils vor dem 22. jeden Monats.

Abschnitt 2 – Spezifische Aufsicht

Art. 15.4 – Übermittlung der Beschlüsse

Zur Wahrnehmung der Verwaltungsaufsicht über die Ausführung der in den Artikeln 15.2 und 15.3 erwähnten Aufgaben übermittelt die Provinz Lüttich der Regierung alle entsprechenden Beschlüsse innerhalb von 15 Tagen ab dem Tag ihrer Verabschiedung gemeinsam mit ihren Belegen.

Diese Beschlüsse umfassen die Haushaltspläne, die Haushaltsplanabänderungen und die Übertragung von Haushaltsmitteln sowie die Rechnungen.

Art. 15.5 – Entsendung eines Sonderkommissars

Die Regierung kann einen Sonderkommissar bestellen, wenn die Provinz Lüttich es versäumt, die verlangten Auskünfte oder Angaben zu erteilen oder die Maßnahmen durchzuführen, die zur Ausführung der im vorliegenden Kapitel festgelegten Aufgaben oder durch einen rechtskräftigen gerichtlichen Beschluss vorgeschrieben sind.

Der Sonderkommissar ist anstelle der Provinz Lüttich dazu befugt, alle notwendigen Maßnahmen im Rahmen des Mandats zu treffen, das ihm per Ernennungserlass erteilt worden ist.

Art. 15.6 – Anmahnung

Bevor die Regierung einen Sonderkommissar entsendet, muss sie:

1. der Provinz Lüttich per Einschreiben eine begründete Anmahnung übermitteln, in der erläutert wird, was von ihr verlangt wird oder welche Maßnahmen sie zu treffen versäumt hat;
2. der Provinz Lüttich in derselben Anmahnung eine bestimmte und angemessene Frist geben, um der an sie gerichteten Aufforderung nachzukommen, ihr Verhalten zu rechtfertigen, ihren Standpunkt zu bestätigen oder die vorgeschriebenen Maßnahmen zu treffen.

Art. 15.7 – Kosten

Die Kosten, Honorare und Gehälter für die Durchführung seines Auftrags gehen zu Lasten der Personen, die bei der Ausübung ihres Amtes oder ihres Mandats versagt haben.



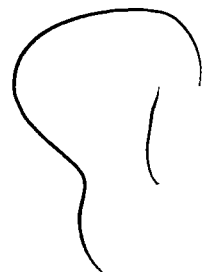
Diese Kosten werden bei den Einkommenssteuern von den Einnehmern der direkten Steuern aufgrund des Vollstreckungsbefehls der Aufsichtsbehörde zurückgefordert."

Art. 2 – Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'P' followed by a smaller, less distinct mark.

Gouvernement de la Communauté germanophone

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Finances et de Budget;

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre-Président, compétent en matière de Finances et de Budget, est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

AVANT-PROJET DE DECRET MODIFIANT LE DECRET DU 15 DECEMBRE 2008 PORTANT FINANCEMENT DES COMMUNES ET DES CENTRES PUBLICS D'AIDE SOCIALE PAR LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

CONTENU

Ce projet de décret sert à instaurer une participation structurelle de la Province de Liège, octroyée aux communes de la région de langue allemande. Il prévoit également la manière dont le montant est réparti entre les communes et les instruments d'exécution dont dispose le Gouvernement.

TABLE DES MATIÈRES

	Page
Exposé des motifs	2
Explications générales	2
Commentaire des articles.....	3
Avant-projet	5

EXPOSÉ DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

Le présent projet de décret permettra de charger la Province de Liège de soutenir les communes de la région de langue allemande dans le financement de leurs missions générales. Pour ce faire, une dépense obligatoire sera notamment introduite qui, à l'avenir, sera versée aux communes de la région de langue allemande par la Province de Liège. Le montant de cette dépense s'élèvera à 410 000 euros par an (majoré de l'indexation). Un tel mécanisme qui prévoit que les provinces sont obligées de contribuer au financement d'une dépense publique ne constitue pas une nouveauté en droit belge; il est d'ailleurs expressément prévu par la législation¹. En fait, des dépenses obligatoires similaires ont été introduites pour la protection du patrimoine² et le financement du temporel des cultes³.

Le recours à ces moyens financiers est, dans le cas présent, motivé comme suit :

1° l'organisation d'une zone de secours propre à la région de langue allemande :

l'organisation de la zone de secours n° 6 pour la région de langue allemande exige proportionnellement plus de moyens financiers de la part des pouvoirs organisateurs, étant donné que les frais fixes de la zone doivent être supportés par un nombre restreint de communes;

2° l'organisation des zones de police locale dans les communes à facilités :

dans les communes à facilités, les exigences imposées au personnel sont particulièrement élevées; en outre, les communes frontalières doivent remplir des missions spécifiques que d'autres zones de police ne connaissent pas. Ces deux éléments conduisent à des dépenses plus importantes pour les zones de police de la région de langue allemande, dépenses qui doivent être contrebalancées par le subventionnement octroyé par les communes;

3° l'évolution de la population dans les communes de la région de langue allemande :

le vieillissement de la population se fait particulièrement sentir dans les communes de la région de langue allemande, ce qui entraîne des dépenses plus élevées en matière d'accompagnement des personnes âgées; l'augmentation qui s'en suit au niveau des coûts en matière de soins aux personnes âgées est en partie supportée par les communes, soit directement par la participation à des établissements spécialisés, soit indirectement par la prise en charge des déficits enregistrés par les centres publics d'aide sociale;

4° l'encadrement des demandeurs d'asile :

les deux centres d'accueil pour demandeurs d'asile situés en région de langue allemande ont entraîné pour les communes un accroissement du travail administratif; en outre, le nombre de demandeurs d'asile et de réfugiés reconnus s'installant dans les communes de la région de langue allemande augmente, ce qui implique des coûts supplémentaires pour les communes;

5° la nécessité d'un accueil pour la petite enfance :

afin que, dans les familles ayant de jeunes enfants, les deux parents puissent exercer une activité professionnelle, l'offre de haute qualité proposée en matière d'accueil de la

¹ Article 6, § 1^{er}, VIII., dernier alinéa, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles et article L2232-1 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation.

² Articles 215 et 514/12 du Code wallon d'aménagement du territoire, de l'urbanisme, du patrimoine et de l'énergie (CWATUpe).

³ Article 19bis, alinéa 9, de la loi du 4 mars 1870 sur le temporel des cultes.

petite enfance doit être élargie, ce qui implique des coûts supplémentaires pour les communes.

6° la modernisation et la dématérialisation des administrations :

les citoyens et les entreprises demandent de plus en plus souvent des services administratifs adaptés à notre temps, sous forme électronique, ce qui implique des investissements dans les infrastructures et les technologies de l'information.

7° l'entretien des lieux de culte :

les bâtiments des lieux de culte nécessitent un entretien régulier, ce qui, en raison du nombre relativement élevé d'églises et de chapelles en région de langue allemande, représente une charge particulièrement lourde. Les déficits des fabriques d'églises sont supportés par les communes.

Le présent projet de décret préserve l'autonomie constitutionnelle⁴ de la Province de Liège. La tâche globale imposée par la Communauté germanophone consiste à soutenir les communes de la région de langue allemande dans le financement de leurs missions générales. Afin d'atteindre cet objectif, la Province de Liège dispose de plusieurs possibilités d'action. Cette dépense obligatoire est certes due par la Province de Liège, mais ne représente qu'un aspect partiel de l'ensemble des possibilités d'intervention.

Dans tous les cas, la Province est libre d'augmenter sa contribution aux communes de la région de langue allemande au-delà du seuil minimal de ladite dépense obligatoire; elle peut, le cas échéant, fixer elle-même cet éventuel surplus. Ici aussi, il lui est possible d'accorder aux communes, outre des dépenses obligatoires, des subventions supplémentaires sur une base volontaire. Par ailleurs, la Province peut, en plus de ladite dépense obligatoire, prendre d'autres mesures qui contribuent à soutenir les communes de la région de langue allemande dans le financement de leurs missions générales; ainsi, elle pourrait, par exemple, apporter un soutien logistique en organisant des centrales d'achat, en cédant à prix réduit ou gratuitement aux communes ou en mettant à leur disposition les biens mobiliers et immobiliers se trouvant en sa possession, ou en garantissant un accès privilégié aux infrastructures provinciales.

De cette manière, la dépense obligatoire imposée par la Communauté germanophone ne constitue qu'un cadre minimal pour l'intervention de la Province de Liège. Celle-ci peut compléter ce cadre de façon autonome à l'aide d'autres mesures qu'elle juge utiles au regard de la mission globale. Ce faisant, sa liberté d'action est préservée.

En outre, il convient de constater que la dépense obligatoire doit en tout cas être considérée comme proportionnelle, car la Province de Liège, qui dispose pour l'année 2017 d'un budget de recettes de 290 millions d'euros, ne s'engage qu'à concurrence de 0,01379 % de ces recettes.

Afin de garantir la liquidation de cette contribution de la Province, le présent projet de décret prévoit différents instruments d'exécution pour le Gouvernement.

COMMENTAIRE DES ARTICLES

Article 1^{er}

Cette disposition introduit un nouveau chapitre V.1, comportant les articles 15.1 à 15.5, dans le décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone.

⁴ Article 41 de la Constitution.

Article 15.1

Cet article contient la mission fondamentale que la Communauté germanophone confie à la Province de Liège. Concrètement, les communes de la région de langue allemande doivent être soutenues au niveau du financement de leurs missions générales.

Article 15.2

Cet article fixe le montant de la dotation que la Province doit annuellement inscrire à son budget en faveur des communes de la région de langue allemande. Le montant est fixé par commune. L'article détermine en outre que le montant sera adapté annuellement au taux d'évolution, tel que celui-ci est prévu aussi pour l'encouragement de base (article 11, § 3).

Article 15.3

Cette disposition fixe que la contribution de la Province de Liège sera liquidée sous la forme de douzièmes mensuels. La liquidation intervient avant le 22 de chaque mois.

Article 15.4

Cet article prévoit que la Province de Liège transmettra les budgets, les modifications budgétaires et les transferts de crédits de dépenses ainsi que les comptes au Gouvernement en vue de la tutelle spécifique⁵ dans ce domaine.

Articles 15.5 à 15.7

Ces articles fixent les éventuelles mesures en matière de tutelle coercitive que la Communauté germanophone peut prendre vis-à-vis de la Province de Liège afin de veiller au respect du chapitre V.1. Il s'agit notamment de la possibilité de désigner un commissaire spécial du Gouvernement.

Les dispositions sont tirées des articles 14 à 16 du décret du 20 décembre 2004 organisant la tutelle administrative ordinaire sur les communes de la région de langue allemande.

Article 2

Cet article détermine l'entrée en vigueur du présent projet de décret.

Le Ministre-Président
O. PAASCH

⁵ Article 7, § 1^{er}, alinéa 2, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles.

AVANT-PROJET

Avant-projet de décret modifiant le décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone

Article 1^{er} – Dans le décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone, modifié en dernier lieu par le décret du 20 février 2017, il est inséré un chapitre V.1, comportant les articles 15.1 à 15.5, rédigé comme suit :

« Chapitre V.1 – Soutien apporté par la Province de Liège

Section 1^{re} – Mission confiée à la Province de Liège

Art. 15.1 – Principe

La Province de Liège soutient les communes de la région de langue allemande dans le financement de leurs missions générales.

Art. 15.2 – Contribution de la Province de Liège

§ 1^{er} – Pour mettre en œuvre l'article 15.1, la Province de Liège octroie notamment aux communes de la région de langue allemande, en sus des dotations de la Communauté germanophone mentionnées à l'article 1^{er}, une dotation annuelle destinée à financer leurs missions générales.

La contribution de la Province de Liège s'élève à minimum 410 000 euros. Ce montant est réparti comme suit entre les communes :

Amblève :	30 494,72 euros
Bullange :	33 067,04 euros
Burg-Reuland :	22 673,11 euros
Butgenbach :	31 630,15 euros
Eupen :	115 874,06 euros
La Calamine :	46 666,40 euros
Lontzen :	26 261,27 euros
Raeren :	48 653,29 euros
Saint-Vith :	54 679,96 euros

Ces montants seront adaptés au taux d'évolution chaque année à partir de l'année budgétaire 2019.

§ 2 – Si la Province de Liège décide d'augmenter le montant total mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, au-delà du taux d'évolution, la proportion y indiquée doit être respectée au moment du versement aux communes.

§ 3 – Le taux d'évolution mentionné au § 1^{er}, alinéa 3, correspond au taux de croissance de l'indice moyen des prix à la consommation pour l'année budgétaire en question. Jusqu'à ce que l'indice moyen des prix à la consommation soit fixé définitivement pour une année budgétaire, l'adaptation des montants s'opère sur la base de l'indice moyen estimé des prix à la consommation pour l'année budgétaire en question, tel que prévu dans le budget économique au sens de l'article 108, g), de la loi du 21 décembre 1994 portant des dispositions sociales et diverses.

§ 4 – Outre la contribution mentionnée au § 2, la Province de Liège peut octroyer d'autres dotations aux communes, et ce, à leur demande.

Dans les 60 jours de la réception de la demande, la Province de Liège communique :

1° sa décision aux communes concernées;

2° une copie de sa décision au Gouvernement.

§ 5 – La Province de Liège porte annuellement à son budget les montants mentionnés aux § 1^{er} et 4.

Art. 15.3 – Liquidation de la contribution

Le montant de la dotation mentionnée à l'article 15.2, § 1^{er}, est liquidé sous forme de douzièmes mensuels. La liquidation intervient avant le 22 de chaque mois.

Section 2 – Tutelle spécifique

Art. 15.4 – Transmission des décisions

En vue de la tutelle administrative concernant l'exécution des missions mentionnées aux articles 15.2 et 15.3, la Province de Liège transmet au Gouvernement toutes les décisions correspondantes dans un délai de quinze jours à compter de leur adoption, ainsi que les pièces justificatives y relatives.

Ces décisions comprennent les budgets, les modifications budgétaires et les transferts de crédits budgétaires ainsi que les comptes.

Art. 15.5 – Envoi d'un commissaire spécial

Le Gouvernement peut désigner un commissaire spécial si la Province de Liège omet de communiquer les données ou renseignements demandés ou d'exécuter des mesures qui sont prescrites pour l'exécution des missions fixées dans le présent chapitre ou par une décision judiciaire coulée en force de chose jugée.

Le commissaire spécial est habilité à prendre toutes les mesures nécessaires en lieu et place de la Province de Liège, dans les limites du mandat qui lui est donné par l'arrêté qui le désigne.

Art. 15.6 – Avertissement

Préalablement à l'envoi d'un commissaire spécial, le Gouvernement :

1° adresse à la Province de Liège, par recommandé, un avertissement motivé expliquant ce qui lui est demandé ou les mesures qu'elle reste en défaut de prendre;

2° donne à la Province de Liège, dans le même avertissement, un délai déterminé et raisonnable pour répondre à la demande lui adressée, justifier son attitude, confirmer sa position ou prendre les mesures prescrites.

Art. 15.7 – Frais

Les frais, honoraires ou traitements inhérents à l'accomplissement de sa mission sont à charge des personnes défaillantes dans l'exercice de leur fonction ou de leur mandat.

La rentrée de ces frais est poursuivie, comme en matière d'impôts sur le revenu, par le receveur des contributions directes sur l'exécutoire de l'autorité de tutelle. »

Art. 2 - Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2018.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président
O. PAASCH